

ILLEGALE MIGRATION

Wirksamer Grenzdienst

Die Zahl der Anhaltungen illegal eingereister oder aufhältiger Fremder hat sich im vergangenen Jahr weiter erhöht. Der Grenzdienst wird professioneller.

Im Jahr 2001 wurden in Österreich 48.659 Menschen angehalten, die illegal eingereist waren oder sich illegal im Bundesgebiet aufgehalten hatten. Das entspricht einem Anstieg von 6,4 Prozent gegenüber dem Jahr davor. Die Steigerung ist vor allem auf die Wanderungswelle aus Afghanistan zurückzuführen.

2.294 der Angehaltenen waren Schlepper. Die illegal Eingereisten kamen aus 138 Ländern; die meisten aus Afghanistan (7.665), Rumänien (7449), der Ukraine (5.390), Jugoslawien (3.517) und dem Irak (2.443). 1993 betrug die Zahl der Anhaltungen ein Zwanzigstel der Zahl von 2001. Ein Drittel der Aufgriffe erfolgte im Schengen-Binnenraum; in diesen Fällen erfolgte die illegale Einreise zu einem großen Teil aus Italien.

"Menschenhandel und Schlepperei sind brutale und hinterhältige Verbrechen, die mit aller Konsequenz bekämpft werden müssen, national, auf europäischer Ebene und international", sagte Innenminister Dr. Ernst Strasser bei der Präsentation des Schlepperberichts für das Jahr 2001 am 13. Februar in Wien. Die Bemühungen Österreichs bei der Partnerschaft mit den Nachbarländern hätten zu Erfolgen geführt. Beispielsweise habe Slowenien eine gut ausgerüstete und motivierte Polizei aufgebaut und dadurch die Sicherheit bedeutend erhöht, betonte der Minister: "Ein EU-Beitritt ist daher aus sicherheitspolitischer Sicht für Österreich von Vorteil. Je sicherer die Nachbarländer sind, desto sicherer ist Österreich."

Der Grenzdienst der Bundesgendarmerie sei professionell aufgebaut und leiste gemeinsam mit der Bundespolizei, dem Bundesheer und dem Zoll hervorragende Arbeit, sagte Strasser. Man müsse auch auf europäischer Ebene und in der internationalen Staatengemeinschaft gemeinsame Antworten finden für die Lösung des Problems der Schlepperei und der illegalen Migration. Es sei notwendig, bei der Idee einer "europäischen Grenzpolizei" rasch Fortschritte zu erzielen und eine Harmonisierung bei der Visapolitik zu erreichen. Dem "Asylshopping" müsse mit einer einheitlichen Datei für die Europäische Union entgegengewirkt werden (Eurodac). "Wir brauchen eine klare Antwort für Gruppen von Asylwerbern, die beispielsweise in Italien um Asyl ansuchen, dann in Österreich, in Deutschland und in anderen Ländern."

Wesentlich sei die Unterstützung der Flüchtlinge in der Problemregion selbst, erwähnte der Innenminister. Notwendig sei auch eine gemeinsame europäische Rückführungspolitik und Informationskampagnen in den betroffenen Ländern: "Viele vertrauen auf falsche Informationen der Schlepperorganisationen."

Die operative Grenzsicherung werde weiter professionalisiert, kündigte Strasser an. Das Netz der Verbindungsbeamten des Innenministeriums in bestimmten Ländern werde verstärkt. Die beim Forum Salzburg eingeleiteten Sicherheitspartnerschaften mit den EU-Beitrittsländern in der Nachbarschaft Österreichs werde weiter ausgebaut.

Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Dr. Erik Buxbaum wies darauf hin, dass etwa ein Drittel der Angehaltenen angegeben habe, aus wirtschaftlichen Überlegungen illegal nach Österreich eingereist zu sein, mehr als ein Fünftel sei aus persönlichen Motiven gekommen und nur ein Zehntel habe politische Gründe angeführt. "Ein Nachlassen der illegalen Einwanderung nach Europa ist nicht anzunehmen", sagte Buxbaum. Es bestehe aber kein Grund zu besonderer Sorge: "Wir müssen uns aber mehr anstrengen und die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern weiter verbessern."

In Afghanistan seien etwa fünf Millionen Menschen auf der Flucht, berichtete Major Gerald Tatzgern von der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität. Der Migrationsdruck sei ungebrochen, es bestehe eine "große Nachfrage an professionellen Schlepperorganisationen".

Soko Grenze

Nach dem enormen Anstieg von geschleppten Menschen aus Afghanistan, dem Irak, dem Iran, Pakistan und China wurde im März 2001 die Sonderkommission Grenze eingerichtet, geleitet vom Sicherheitsdirektor des Burgenlands, Mag. Erhard Aminger. In den ersten elf Monaten kam es durch das Soko-Team zu 177 Anzeigen, 80 Festnahmen, 60 Hausdurchsuchungen und 120 Anhaltungen aufgrund fremdenpolizeilicher Bestimmungen. Die Soko-Mitarbeiter erwirkten sechs internationale Haftbefehle; sechs Schlepper wurden aufgrund von Ermittlungen der Soko in Deutschland festgenommen.

Der Grenzdienst der Bundesgendarmerie besteht seit 1995 mit 70 Grenzüberwachungsposten (GÜP) und Grenzkontrollstellen (Greko). Die Angehörigen der GÜP überwachen die grüne und blaue Grenze, die Greko-Bediensteten sind an den Grenzübergängen tätig.

Insgesamt sind im Grenzdienst der Bundesgendarmerie etwa 3.000 Frauen und Männer zur Sicherung der 1.460 Kilometer langen EU-Außengrenze zu Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien sowie zur Schweiz und zu Liechtenstein eingesetzt.

Dem Grenzdienst stehen mobile Wärmebild- und Nachtsichtgeräte zur Verfügung, mobile Terminals für Fahndungsanfragen, Doku-Boxen für das Erkennen ge- oder verfälschter Reisedokumente, CO₂-Sonden zum Aufspüren von geschleppten Menschen in Laderäumen sowie speziell ausgerüstete Hubschrauber.

Im Verbund mit dem Assistenzdienst des Bundesheeres besteht ein gut ausgerüsteter und wirksamer Überwachungsdienst für die östliche EU-Außengrenze.